

# Krafsauer Zeitung.

1866.

Nr. 210.

Samstag den 15. September

Die „Krafsauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljährlicher Abonnementspreis für Krafsau 3 fl., mit Beilage 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mr., einzelne Nummern 5 Mr. Redaction, Administration und Expedition: Groß-Gasse Nr. 107.

X. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Anzeigenteil für die vierspaltige Petitzeile 5 Mr., im Anzeigenteil für die erst. Einrückung 5 Mr., für jede weitere 3 Mr. Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mr. — Inserat-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Rudwiger. — Zusendungen werden franco erbeten.

Anzeigen übernehmen die Herren: Haasenfein & Vogler in Frankfurt, Berlin, Basel, Hamburg und Wien.

## Ämtlicher Theil.

### Rundmachung.

Nr. 3414. praes.

Mit der kais. französischen Regierung ist das Uebereinkommen getroffen worden, daß vom 1. September d. S. angefangen, die Abforderung von Pabstfaren Seitens der respectiven diplomatischen oder Consular-Agenten gegenseitig aufgehoben werde.

Es haben somit von nun an, sowohl die französischen Unterthanen für die Ausfertigung oder Widmung von Pässen, als auch die kais. österreichischen Unterthanen für die Widmung ihrer nach Frankreich lautenden Pässe, keine Taxe mehr zu entrichten.

Was hiemit zur allgemeinen Kenntniß gebracht wird.

Vom Präsidium der k. k. Statthalterei-Commission.

Krafsau, am 13. September 1866.

L. 3414/pr. Obwieszczenie.

W porozumieniu z rządem francuskim taksy od wozowania paszportów pobierane przez agentów dyplomatycznych lub konsularnych, z dniem 1 września b. r. zostały zniesione.

Od dnia powyższego przeto tak francuzcy obywatele za wystawienie lub wozowanie, jak również austriacy obywatele za wozowanie do Francji wydanych paszportów, żadnych taks nie uiszczą.

Co się niniejszem do powszechnej podaje wiadomości.

Z Prezydium c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, dnia 13 września 1866.

Se. k. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Genehmigung vom 8. September d. J. dem Chorherrn und Gymnasialprofessor zu Bräun Dr. Christophorus Mitternauer in Anerkennung seiner Verdienste das Ritterkreuz des Franz-Joseph Ordens allergnädigst zu verleihen geruht.

## Nichtamtlicher Theil.

Krafsau, 15. September.

Ueber die Friedensverhandlungen mit Italien verlautet so viel, daß alle Fragen bis auf die Gränzfrage erledigt sind; man kann somit der Unterzeichnung des Friedensvertrages bis zum 20. d. mit einiger Sicherheit entgegensehen.

In dem Friedensvertrage zwischen Oesterreich und Italien, über welchen jetzt in Wien verhandelt wird, soll nach dem „Moniteur“ ein Artikel aufgenommen werden, daß der seit 1851 bestehende Handelsvertrag eine Erweiterung zu erfahren habe. General Menabrea hat in dieser Beziehung von der österreichischen Regierung eine Denkschrift erhalten.

Ueber die Friedensverhandlungen mit Italien bringt die „Opinione“ ein langes Schreiben aus Wien vom 2. d., dem wir Folgendes entnehmen: Die Geneigtheit zur Einigung fehlt weder auf der einen, noch auf der andern Seite, allein diese reicht noch nicht hin, die Differenzen zwischen den beiden Staaten auszugleichen. Bezüglich der Staatsguth hatte es den Anschein, daß nach Artikel 2 des Prager Vertrages keine Divergenz zwischen den beiden Mächten mehr vorhanden sei, und daß es sich nach dem Friedensschlusse lediglich nur um eine durch eine Special-Commission zu vollziehende Liquidation, eine arithmetische Operation handeln würde. Es kam aber anders, wie mir versichert wird. Oesterreich stellt bezüglich der auf Venedig entfallenden Schulquote Forderungen, in Folge welcher sich eine Differenz von hundert Millionen ergeben würde. Eine solche Summe würde selbst bei einmüthigen Staatsgenauen Ermägung erscheinen, um so mehr muß dieses bei einem Lande der Fall sein, das sich keiner glänzenden Finanzzustände rühmen kann. Auch die Gränzfrage ist nicht gar so einfach als es auf den ersten Blick scheint. Italien ist nicht in der Lage, Oesterreich für Abtretungen, die von ihm außerhalb der nach der gegenwärtigen Verwaltung Confiscation bestehenden Gränzen Venedigs gefordert werden, Gebiets-Compensationen zu geben. Die Compensation, welche Oesterreich erhalten könnte, wäre von anderer Beschaffenheit: commercielle Begünstigungen und die aufrichtige Ausöhnung Italiens. Preußen — heißt es weiter in dieser Correspondenz — ist nicht im Stande, Italien bei diesen Verhandlungen wirksam zu unterstützen und hätte überdies auch kein Interesse, es zu thun. Die einzige Macht, welche Italien nützlich sein könnte, scheint nicht mehr in so guten Beziehungen zu ihm zu stehen, wie sonst. Zwischen

Frankreich und Italien sind Mißverständnisse aufgetaucht, deren Beseitigung dringlich wäre. Der Herzog von Grammont soll zwar von seiner Regierung die Befehl erhalten haben, den italienischen Unterhändlern zu unterstützen, es ist aber ein Unterschied zwischen Unterstützung und Unterstüßung, und man hat es bei der französischen Botschaft kein Gebl, daß in den Beziehungen zwischen Frankreich und Italien eine bemerkenswerthe Aenderung eingetreten ist.

Der Wiener Correspondent des Pariser Blattes „La Liberté“ macht unterm 9. d. interessante Mittheilungen über den Verlauf, welchen Friedensverhandlungen mit Italien bis zu jenem Tage genommen haben. Demgemäß ist in drei Conferenzen, an denen nur die beiden Bevollmächtigten Graf Wimpffen und General Menabrea, sowie der italienische Botschaftsrath Artom theilnahmen, eine Reihe von untergeordneten, aber unerlässlichen Detailfragen erledigt worden. Die wichtigeren Fragen, welche jetzt an die Reihe kommen, betreffen die Auseinandersetzung wegen der Geld-Frage und die Gränz-Regulierung. Erstere sind allerdings durch den Prager Frieden geregelt, präcisirt; es gebe aber noch Ziffern zu Gruppierungen, und das erfordert Zeit und Arbeit. Die Gränzregulierung sei ein viel schwierigerer Punkt. Italien wünscht den unmittelbar an den Gardasee anstoßenden Theil von Judicarien, um wegen des Schmutzigen bessere Gränzen zu erhalten. Oesterreich seinerseits will keinen Zollbreit Gebiet abtreten und möchte bessere strategische Linien; Frankreich und Preußen halten sich an den Vortritt des Prager Vertrages und bleiben in dieser Streitfrage neutral. Außer dem venezianischen Palast in Rom befindet sich auch in Constantinopel ein solcher, und ist derselbe dort ebenso wie in Rom Sitz der k. k. Botschaft; beide wurden von Italien als ein Erbtheil der Republik von San Marco reclamirt. Das Arrangement soll nun in der Art getroffen werden, daß Oesterreich den römischen Palast behält, während jener in Constantinopel an Italien übergeht. Die Verhandlungen über die Zurückstattung des Privatvermögens der entthronten italienischen Fürsten werden direct zwischen General Menabrea und Graf Wimpffen geführt, und zwar von letzterem nicht bloß im Namen des Hauses Oesterreich-Modena und Toscana, sondern auch im Namen der Bourbonen von Neapel und Parma.

Die Mission des Generals Möring bezieht sich, wie man der „Pr.“ aus Venedig schreibt, vorläufig wenigstens, nicht auf die Vereinbarung und Feststellung der künftigen Gränzlinie zwischen Oesterreich und Italien, sondern auf die Abschätzung und Feststellung des Wertes der durch die österreichische Regierung in Venedig errichteten Festungsbauteilen, wonach dann die durch Italien zu leistende Ablösungssumme fixirt werden soll. Erst nach erfolgter Feststellung des Ablösungspreises für die Festungen und des in denselben von den Oesterreichern zurückzulassenden Kriegsmaterials wird zur Feststellung der Gränzlinien geschritten werden, zu welchem Behufe eine gemischte militärische Commission eingesetzt werden soll. Inzwischen wird schon jetzt an der theilweisen Fortschaffung des transportablen Materials und der der österreichischen Regierung gehörigen Gegenstände gearbeitet. Aus der Burg, dem Dogenpalast, der Biblioteca Marciana, dem General-Archiv und dem Arsenal, wurden bereits die der kaiserlichen Regierung gehörigen und von ihr angekauften Kunstwerke und Einrichtungen weggeschafft, wobei mit der größten Gewissenhaftigkeit vorgegangen wurde. Sowohl in der Burg, als in allen übrigen Etablissements wurden die Kunstwerke, Documente und Einrichtungen, welche der Stadt gehören und auf welche die österreichische Regierung kein klar daliegendes Besitzrecht hatte, dem Municipium inventarmäßig übergeben; alles Gegenheilige, was von Blättern hierüber geschrieben wurde, beruht auf Unkenntniß der Dinge oder boshafter Verleumdung.

Der Grazer „Tagespost“ schreibt man: Erst wenn Italien die Ablösungssumme für die Ueberlassung der Festungen und eines Theiles des Kriegsmaterials an Oesterreich gezahlt oder wenigstens sichergestellt haben wird, werden die Festungen übergeben werden und die österreichischen Garnisonen aus denselben abgezogen. Hiedurch berichtigt sich auch die irrige Angabe, daß Italien außer der Uebernahme eines Theiles der Schuld des lombardisch-venezianischen Königreiches keine weiteren Geldzahlungen an Oesterreich zu leisten habe, und wir sind sogar nach genauesten Informationen in der Lage versichern zu können, daß die italienische Regierung sich bereits im Princip bereit erklärt habe, für die Festungen und das in denselben zurückgelassene Kriegsmaterial eine entsprechende

Geldentschädigung an Oesterreich zu zahlen. Nach Erledigung dieses Gegenstandes wird dann die Feststellung der künftigen Gränzen zwischen Oesterreich und Italien erfolgen, wozu eine genaue gemischte Commission aus österreichischen, französischen und italienischen Vertretern zusammengestellt werden wird.

Nach den neuesten Nachrichten aus Venedig verlassen in Folge des französischen Befehles nicht sämtliche italienische Truppen, sondern bloß vier Armeecorps, derselben das Land, und zwar, wie es in den italienischen Zeitungen heißt, aus Gesundheitsrück-sichten, da man bei dem Umsichgreifen der Cholera im benachbarten Küstenlande fürchtet, daß in den großen Militär-Cantonirungen das Uebel Verheerungen anrichten könnte. Das Gros der abgerückten Truppen wird in der Umgebung von Ferrara ein Lager beziehen, während die in Venedig zurückbleibenden Abtheilungen nomöglich außerhalb der Städte auf dem Lande untergebracht werden sollen.

Nach einer Mittheilung der „Magd. Ztg.“ aus Paris lauten die Nachrichten aus Venedig dahin, daß man doch nicht mit unbedingter Gewißheit auf ein der Annexion günstiges Resultat der populären Abstimmung zählen dürfe. „Sasse ich“, so schreibt man jenem Blatte, die Sachlage richtig auf, so wird das Resultat vorzugsweise von Frankreich abhängen. Zieht der Kaiser die Autonomie Venedigs vor — und es ist nicht unmöglich — so wird es ihm auch nicht an Mitteln fehlen, die Einflüsse des florentiner Cabinets zu paralysiren. Mit Bestimmtheit weiß ich, daß es eine der Lieblingsideen des Herrn Drouyn de Lhuys war, einen österreichischen Erzherzog, sei es nun der Kaiser von Mexico oder einen andern dieser hohen Herren in Venedig zu setzen. Der ehemalige Minister ging von der Ansicht aus, daß es vorthellhaft für den französischen Einfluß in Italien sein würde, wenn man Oesterreich nicht gänzlich aus Italien ausschloße. Ebenso gewiß ist es, daß er sich hierüber mit der Kaiserin Charlotte unterhalten hat, die, wie es heißt, in Miramare nicht unthätig ist.

Die „Provinzial-Correspondenz“ schreibt: Die diplomatischen Unterhandlungen, welche noch zwischen Preußen und andern deutschen Regierungen in der Schwebe sind, haben mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen. Mit Sachsen ist noch immer kein Abschluß erlangt. Die Unterhandlungen mit Meiningen, welche Preußen wegen Unwillfährigkeit des Herzogs abbrechen mußte, sind aus dem Stillstande nicht herausgetreten. Nur mit Kurfürstlicher Einigung scheint eine Verständigung näher gerückt. Die Fürstin-Regentin Caroline hat Bevollmächtigte nach Berlin gesandt, um über den Anschluß des Fürstenthums Reuß-Greiz an den norddeutschen Bundesstaat zu unterhandeln.

Die Haltung, welche Preußen Sachsen gegenüber einnimmt, ist nicht zu rechtfertigen. Schon wurden Stimmen laut, welche in dieser Haltung eine Verletzung der Nifolsburger Vereinbarungen erblickten, und nicht leugnen läßt es sich, daß Preußen Sachsen gegenüber ein Verfahren einschlägt, welches selbst dem Wortlaute des Friedensvertrages zuwider läuft, denn wenn Sachsen annectirt wird, so wird allerdings der „Territorialbestand“ nicht geändert, dem Buchstaben des Friedensvertrages Genüge geleistet und Sachsen nicht zerstückelt, allein dem Geiste des Art. VI des Friedensvertrages entspräche es keineswegs, wenn Preußen Sachsen als Ganzes verpfe. Wenn Preußen, die das Land beherrschenden Punkte Sachsens besetzt, die militärische und diplomatische Führung in seine Hand nimmt, dann wäre Sachsen eben annectirt, ob man dem Könige die Scheinsoveränität läßt oder nicht. Darauf steuert man in Berlin los und das ist es, was, wenn sich Oesterreich dagegen stemmt, leicht zum Gegenstande eines neuen Conflictes heranwachsen könnte. Man wird daher gut thun, dem Landfrieden nicht früher zu trauen, als bis die sächsische Frage endgiltig gelöst ist.

Die preussische Regierung soll mit dem Kurfürsten von Hessen derart ein Abkommen getroffen haben, daß der Kurfürst das Einkommen aus dem Hauschag bezieht und zwei Schlösser in Kurbessen als Wohnsitz behält. Zu den für denselben reservirten Schlössern gehört Philippsruhe.

Wie es heißt, hat sich der Herzog von Cambridge nach Berlin begeben, um, wie man wissen will, dort seine Ansprüche auf den hannoverschen Thron zu wahren, für den nach König Georg und dem Kronprinzen Ernst August er an der Reihe gewesen wäre.

Ein Berliner Blatt erzählt, der Erbprinz von Augustenburg habe in den letzten Wochen seinen Eintritt in den norddeutschen Bund als Herzog von

Schleswig-Holstein angeboten. Mit welchem Erfolge, zeigt die an die Kammer gelangte Vorlage wegen der Annexion der Herzogthümer.

Was die vom preussischen Civilcommissär für Nassau ausgeführte Beschlagnahme der herzoglichen Weine in Strassburg betrifft, so soll dieselbe in Berlin sehr übel vermerkt worden sein und Graf Bismarck hat dem Herzog sein Bedauern darüber ausgesprochen lassen. Die Beschlagnahme ist auch bekanntlich bereits wieder zurückgenommen worden.

Der „Hamburger Correspondent“ vom 13. d. veröffentlicht den Bündnißvertrag zwischen Preußen und Hamburg.

Nach der „Wefer Zeitung“ soll die Befragung der nördlichsten Districte Schlesiens über die eventuelle Rückkehr zu Dänemark erst nach erfolgter Vereinigung der Herzogthümer mit Preußen stattfinden.

Die Berufung des Königs der Niederlande auf die Auflösung des deutschen Bundes erkennt die preussische Regierung in Bezug auf die Lösung jeder Verbindung zwischen dem Großherzogthum Limburg nicht an; noch viel weniger die Berufung des Grafen v. Zuylen auf den Art. 1 des Reformprojectes vom 10. Juni. Der Art. 1 schließt allerdings Oesterreich und die dem König der Lande gehörigen Landestheile von dem neu zu bildenden Bunde aus. War der Anschluß Oesterreichs eine Forderung, so kann man daselbe von dem Ausschlusse Luxemburgs und Limburgs nicht sagen; es war das eine in Aussicht gestellte Concession, deren Vorbedingung, die Ausdehnung des neuen Bundesverhältnisses auf ganz Deutschland, durch die Nifolsburger Friedenspräliminarien bereitwillig worden ist.

Der „Siedle“ ist durchaus nicht mit dem Verfahren einverstanden, das Preußen gegen das Großherzogthum Luxemburg einschlagen für gut findet. „Luxemburg“, bemerkt der „Siedle“, „vertheidigt nachdrücklich seine Rechte gegen die Gelüste Preußens, das auch ferner noch die Festung besetzt halten und das Land dem Nordbunde einverleiben möchte. Das Großherzogthum, das sich constitutioneller Gesetze erfreut und für Preußen nur eine geringe Zärtlichkeit verspürt, verlangt dagegen, daß dieses seine Befragung zurückziehe und den Luxemburgern ihre vollständige Unabhängigkeit lasse. Nach unserer Ansicht kann es gar keine billigere Forderung geben, denn Preußen kann sich doch wohl nicht als den directen und rechtmäßigen Erben des deutschen Bundes ansehen, dessen Auflösung der Bundesstag selber auszusprechen genöthigt worden war.“

Die Frankfurter Senatoren leugnen den bekannten Unterwerfungsever, mit obligater Competenz unterschrieben zu haben. Das nachstehende Actenstück dürfte am besten zeigen, was von diesem Dementi zu halten ist:

Verhandelt: Frankfurt a. M., 22. Juli 1866. Anwesend waren die Herren: 1. Fellner, älterer Bürgermeister; 2. Fossboom, jüngerer Bürgermeister; 3. Müller; 4. Swinner; 5. v. Schweizer; 6. Reuß; 7. Klob; 8. v. Dven; 9. Zäger; 10. Supf; 11. Textor; 12. Schöffner; 13. Mumm; 14. Berg; 15. Finger; 16. Kallb; Mitglieder des bisherigen Senats. Die Mitglieder des bisherigen Senats der Stadt Frankfurt wurden von dem Unterzeichneten heute zusammen gerufen, um in Folge des Antrages der beiden Regierungen Bevollmächtigte Herren Fellner und Müller vom heutigen Tage zunächst zu folgender Erklärung aufgefordert zu werden:

„Wir wissen, daß der Senat der Stadt Frankfurt, soweit er bisher die landesherrliche und souveräne Gewalt ausgeübt hat, von dem königlich preussischen Oberbefehlshaber aufgelöst worden ist und daß ebenso ein Zusammen-treten der ständigen Bürgerrepräsentation und der gesetzgebenden Versammlung zur Vornahme landesherrlicher Acte nicht mehr gestattet ist, indem alle landesherrlichen Befugnisse und die souveräne Gewalt von Sr. Majestät dem Könige von Preußen durch die von ihm eingesetzten oder noch einzusetzenden Militär- und Civilorgane bis auf Weiteres ausgeübt wird. Wir erklären hiermit auf Grund unseres Amtes, daß wir keinerlei landesherrliche Befugnisse ausüben gesonnen sind, noch ausüben versuchen werden, nachdem uns eröffnet worden ist, daß mit den strengsten persönlichen Executivstrafen im Falle der geringsten Zuwiderhandlung gegen einen jeden von uns vorgegangen werden würde. Wir erklären uns ferner auf Grund unseres Amtes bereit, unsere bisherigen Pflichten und Amtsgeschäfte als Mitglieder der städtischen Verwaltungs- resp. Magistratsbehörde im Interesse der Stadt selbst fortzuführen, hierbei allen Anordnungen der königlich preussischen Administration unweigerlich Folge zu leisten, wie auch nichts vorzunehmen, noch zu gestatten, was dem Interesse dieser Administration zuwiderläuft.“

Nachdem die sämtlichen Mitglieder des bisherigen Senats, nimmehr Magistrate der Stadt Frankfurt und des Gebiets derselben, die vorstehende Erklärung zu der ihrigen



gemacht hatten und ihnen dabei zugesichert war, daß sie bei pflichtgemäßer Ausführung ihrer Amtsgeschäfte unter vorstehender ausgeführter Beschränkung nicht nur ihre bisherigen Competenzen fortbeziehen, sondern auch des Schutzes der preussischen Administration theilhaftig werden würden, wurden sämtliche Anwesende daraufhin mittelst Handschlags an Eides statt von dem unterzeichneten verpflichtet, und es wurde diese Verhandlung als Anerkennung des Geschehenen unterschrieben.

Die sämtlichen städtischen Behörden und Unterbeamten werden von ihren betreffenden Herren Vorgesetzten in gleicher Weise sofort verpflichtet werden, und es wird von jedem etwaigen Weigerungsfalle der k. preussischen Administration Anzeige gemacht werden, wie auch der betreffende sich weigende Beamte sofort von der städtischen Behörde suspendiert werden wird.

Folgen die Unterschriften.

(gez.) v. Dietl,  
k. Landrath, Civil-Commissär.

Unter dem Titel: „Der Bundesfeldzug in Baiern“, ist zu Wenigen + Sena eine Broschüre erschienen, welche eine herbe, aber leider berechnete Kritik der Operationen des VII. und VIII. Bundesarmee-corps enthält. Wir entnehmen derselben Nachstehendes: Der alte Bundestag arbeitete auch unter dem Donner des Bürgerkrieges nach seiner bisherigen Schablone. Er hielt mehr Sitzungen als sonst, er protokollierte den Austritt der Gesandten abtrünniger Regierungen, er ließ die schwarz-roth-goldene Fahne auf sein Palais in der Giechheimergasse aufstecken, er gab schließlich Hosenjagd nach Augsburg, als das Gewitter näher zog — das waren die einzigen nennenswerthen Spuren seiner Thätigkeit. Was aber am meisten und am ersten in die Augen springen mußte, war das Ungeschick, die Trägheit, die Verwirrung in militärischen Dingen. Der ganze Feldzug der Prinzen Carl und Alexander war nichts als der Bundestag ins Militärische überlegt. Dasselbe Zaudern, Protestiren, Reiteriren, dieselben Ferien in den Hauptquartieren! Ueberall ähnliche militärische Zustände, wie die, welche die Katastrophe in Hannover herbeigeführt hatten! Die Armeen waren bloß das Spielzeug und eine Polizeitruppe reactionärer Regierungen gewesen, und man verstand sie nun nicht zu gebrauchen, wo sich's um ernsten Angriff und Verteidigung handelte. Die an sich trefflichen Bestandtheile des Bundesheeres bildeten in ihrer Zusammenfassung eine nahezu hilflose Maschine, besonders das 8. Armeecorps konnte vom technischen Standpunkte aus nicht als ein zur Kriegsführung in jetziger Zeit qualifiziertes Instrument bezeichnet werden. Selbstständigkeit, Geist und Genie im Militär hatte man nicht aufkommen lassen; jetzt zeigten die Gamaschenknöpfe, daß Kopf und Herz ihnen fehlte. Während die Zeitungen von den wunderbaren Kreuz- und Quermärschen aller Bundesstruppen erzählten, hatte das mächtige Baiern keine 10.000 Mann disponibel, um durch das Berrathal hindurch den bedrängten Hannoveranern die Hand zu reichen und die paar tausend Preußen, die damals dazwischenstanden, zu vertreiben; nein, der halbvalide Prinz der an der Spitze der bayerischen Armee stand, brauchte so lange Zeit, sich zu dieser Hülfeleistung zu entschließen, bis sie durch die Capitulation der Hannoveraner gegenstandslos wurde. In der Festung Mainz herrschte eine so colossale Verwirrung, daß ganze Regimenter dort einmarschirten und auf eigene Faust Quartier nahmen, ohne daß der Festungs-Commandant Kunde davon hatte. Mit mußten tagelang neuernannte Ärzte, Officiere oder Feldspitaler ihre Regimenter suchen, Niemand konnte ihnen deren Standort sagen. Truppenkörper schlugen sich, ohne zu wissen, daß einige Stunden davon andere Corps auch im Gesechte waren, ohne mit ihnen zu cooperiren. In Würzburg mußte ein preussischer Parlamentär erst die Nachricht bringen, daß das bayerische Hauptquartier einrückte, der Commandant war es was Neues. Nur bei den Preußen hätte man erfahren können, wo bayerische Regimenter standen. Noch bis zuletzt währte diese Kopfschmerz; ein Majorcorporal erhielt 3. E. mehrere Tage, nachdem Nürnberg schon von den Preußen besetzt war, die Ordre, über diese Stadt sich zu seinem Regimente zu begeben. Er wurde natürlich gefangen. Todenscheine wurden ausgestellt über Lebende. In der Verpflegung herrschte dieselbe Confusion. Oft herrschte Mangel, während das Fleisch verschauert werden mußte, weil es verdarbt, bis es an die betreffenden Compagnien kam. Dem 8. Armeecorps, das ganz verhungert von der Tauber an den Main kam, wurden sogar 88 Schen mit den Treibern gestohlen, wie in den Amstättenern zu lesen. Der Prinz von Hessen hatte sich vergeblich bemüht, eine einheitliche Verpflegung seines Corps mit Hilfe eines Civilcommissärs in Frankfurt zu organisiren, der Wille des Generals scheiterte an den particularistischen und bureaukratischen Traditionen der einzelnen Contingente und ihrer heterogenen Generalstabe und Intendanturen. Angeht wollte sich jede Division selber nach eigenem Modus verpflegen, und alle litten den bittersten Hunger während der aufreibenden Märsche im Vogelsgebirge und links des Main. Ein fester taktischer Zusammenhang zwischen den drei Divisionen des 8. Armeecorps bestand durchaus nicht. Das Corps hatte 24 Jahre lang keine vereinigte Uebung mehr gemacht und war im Commando, in der Uniform, Ausrüstung und Organisation ganz verschieden. Die farbigen Uniformen waren in der Uniformirung (selbst der Schabracke) den Preußen so ähnlich, daß die Oesterreicher bei Achaffenburg auf sie schossen. Es bestand keine Kaliber-Einheit der Handwaffen, die vier Feldbatterien der 3. Division waren nach vier verschiedenen Systemen ausgerüstet. Der Corpsverband war ein rein theoretischer, demnach konnten auch bei

keinem Gesechte die Divisionen des 8. Armeecorps unter sich oder das 8. Corps mit dem 7. als Glieder einer und derselben Armee zu regelrechtem Zusammenwirken gelangen. Es gab nichts als isolirte, wenn auch ehrenvolle Kämpfe, nirgends konnte die überlegene Gesamtkraft der Heere sich wirklich geltend machen. Daß man auf Grund des bestehenden Bundeskriegswehrens keinen energischen Krieg führen konnte, hatte übrigens nicht nur Preußen sondern fast Jeder-mann schon vorher gewußt, die bundestreuen Staaten hatten vor sieben Jahren (December 1859) es officiell am Bunde erklärt. Aber über Art und Umfang der Reform bekämpften sich die Ansichten zwei Jahre lang erfolglos, bis das „schätzbare Material“ in der Acten-stube vergraben und keine einzige der für so dringend erklärten Maßregeln in Angriff genommen wurde. Daß die enormen Diäten der Militär-Verathungs-Commissionen am Bunde bezahlt wurden, blieb am Ende die Hauptsache. Die Minister aller Staaten konnten inzwischen nicht genug für Verhaftmachung verlangen, und die Bundes-Inspectoren fanden auf dem Papier Alles in schönster Ordnung. Als aber wirklich der Krieg begann, welcher Jammer! Es fehlte an Allem, und welche Zeit verging, bis das 8. Armeecorps sich nach und nach gerüstet und gesammelt! Dann war man sich selbst über die nächsten Ziele nicht klar und folgte mehr dem Drange ungünstiger Verhältnisse und der Gewalt des Zufalls, als einem festen Plane. Man vereinigte sich nicht zu einer Zeit, als man noch durch keinerlei feindliches Vordringen bedroht war. Man versprach in die Action zu treten und verlegte das Hauptquartier nach Friedberg. Man begann den unglücklichen zehntägigen Marsch (30. Juni bis 10. Juli) in den unfruchtbarsten Theil Oberbayerns, um, nachdem man ganz nahe bei den Bayern stand und die feindliche Armee in der Mitte hatte, die Bayern allein zu lassen und zurückzugehen. Der Prinz Ludwig von Baden erklärte nicht mehr mitthun zu wollen, und das soll lähmend gewirkt haben. Der Herzog von Nassau rief auch seine Truppen ab, da er mit ihnen vor Allem sein Land decken wollte; die Hessen wollten vielleicht das ihrige decken u. s. w. Die Württemberger trieben sich dann um Gelnhausen herum, wo man durchaus den Feind haben wollte, während er durch den Speßart ging. Er wagte sich vorwiegend zwischen zwei Heere einzufügen, deren jedes einzelne an Zahl ihm mindestens gleich war. Die Bayern ließen den Feind ruhig durch die Defileen des Berrathgrunds ziehen, hatten keine Lust oder Zeit, mit der ihnen noch dienbaren Eisenbahn nur einige Schützen oder Kanonen nach Gemünden, Carlstadt, Ebr zu versetzen, welche Punkte von der Natur wie zur Verteidigung geschaffen sind. Trotz des Anbieten von Forstleuten, wurden keine Verhaue im Speßart angelegt, die unzugänglichen Höhen dort nicht besetzt, der Feind nicht von beiden Seiten umfaßt. Durch die blutigen und höchst flüchtig disponirten Gesechte der Hassen bei Laufach und das der Oesterreicher bei Achaffenburg erkaufte man nicht das Geshalten der unteren Mainlinie mit allen daran geknüpften politischen und militärischen Lebensbedingungen, sondern nur die Freiheit, sich aus dem armen Vogelsgebirge in den armen Odenwald zurückziehen zu dürfen mit Preisgebung von Oberhessen, Nassau, Darmstadt und Frankfurt, welches man zu schätzen versprochen hatte. Dieser Rückzug verursachte durch Hitze, Ueberanstrengung, Eilmärsche von 12 Stunden und schlechte Verpflegung mehr Märdere und Kranke, als ein schweres Gesecht und mehr als die Millionen an barem Gelde und Requisitionen, welche die Preußen aus Frankfurt erpreßt, hätte auch die zäheste Verteidigung des unteren Maingebietes in dieser Hinsicht nicht gekostet. Die Casse des 8. Armeecorps war leer, während die Preußen die ibrigen spickten. Prinz Alexander hatte sich vergeblich bemüht, das Guthaben einer der betheiligten Regierungen bei Nothstand auf Rechnung des Corps zu erheben, es waren Zweifel und Schwierigkeiten wegen der gemeinsamen Haftung der drei bei dem Armeecorps engagierten Regierungen und wegen der späteren genauen Repartirung und gegenseitigen Berechnung dieses Vorschusses entstanden. Die Preußen verstanden besser, Nothstand von seinen Zweifeln und seinem Gelde zu helfen! Zum Ueberflus ließ das 8. Armeecorps auch noch in Frankfurt und Darmstadt bei seinem fluchtartigen Abzug am 15. Juli die werthvollsten Vorräthe an Weiszeug, Schuhen, Montierung, Feldregimenten, Bettwerk zurück, die sie so nöthig gehabt hätten.

Im „Fremdenblatt“ werden indessen in einem Schreiben aus München vom 12. d. Dinge erzählt, welche deren Richtigkeit vorausgesetzt, die ganze Kriegsführung in einem anderen Lichte zeigen würden. „Manche Begebenheiten“, heißt es in diesem Schreiben, welche die öffentliche Meinung den commandirenden Generalen als Fehler in die Schuhe schob, hatten eine ganz andere Quelle, die jetzt durch die zurückgekehrten Offiziere kein Geheimniß mehr ist. Von ihnen wird ganz offen erklärt, daß bei Beginn des Krieges die Truppen drei Wochen hindurch zwecklos im Lande herumgezogen wurden, daß all'n Abtheilungscommandanten der Befehl erteilt war, keine Feindseligkeiten gegen die Preußen, und wäre es nur eine preussische Patrouille zu eröffnen und nirgends die Grenzen zu überschreiten; ebenso war den Preußen der strengste Befehl erteilt, das Gleiche gegen Bayern zu beobachten; was preussische gefangene Offiziere unseren Offizieren constatirten. War nun bei Kallmordheim Oberst Aldorfer vielleicht nicht genau von der Unterlassung jeden Angriffes instruiert, oder wäre er, wie es bei der Soldatennatur dieses Offiziers zu erwarten war, zu ehrlich zu solcher Komödie, mit seinen tapferen Kennern nicht vorgedrungen, so wäre nach der Ueberzeugung vieler Offiziere, zwischen Preußen und Bayern kein einziger Schuß gefallen. Daß auf fallendste Einwirken politischer Motive auf die Füh-

rung des Heeres trat bei Rofbrunn und Uettingen hervor. Auf allen Seiten waren die Preußen durch das wirksamste Granatenfeuer der Artillerie und die sich treffenden Kugeln unserer Jäger, von den ver-stärkenden Bayern so geschlagen worden, daß die Preußen bereits ziemlich entmuthigt waren; preussische Officiere haben dies bestätigt. Noch einen Entschlußschlag und Bayerns Waffen hätten einen Seg-errungen; Rückzug war aber auch hier, wie überall der Befehl, dem selbst der Marschall gehorchen mußte. Alles dieses lautet so unglaublich, daß wir wünschen müssen, es wäre auch unwahr!

Vor einigen Tagen haben wir über die Verne-sungen berichtet, welche preussische Officiere in den von den Bayern besetzten fränkischen Gegenden zum Stauern aller Welt vornahmen. Durch die Melde-nen des Regierungspräsidenten von Unterfranken an das Ministerium erweist sich, daß mit Erlaubniß eines Generals noch vor der Ratification des Friedens die Preußen militärische Vermessungen bei Kissingen, Waldbach und Hammelburg ohne jede Beilegung vornehmen durften, dieser General ist, wie man dem „Fremdenbl.“ aus München schreibt, von der Tann.

Die Münchener Blätter werfen bekanntlich der österreichischen Regierung Verrath an den Bundesge-nossen vor, weil sie ohne Zugiehung Bayerns, trotz der mit diesem Staate geschlossenen Convention, Frieden schloß. Die Passauer „Donau-Ztg.“ meldet nun, daß als die Preußen am linken und der Rest unserer Nordarmee mit der Südarmee vereinigt, am rechten Ufer der Donau standen, auf die Anfrage von Wien: ob die Verbündeten im Stande seien, die Preußen hinzuhalten und den Oesterreichern wenigstens von einer Seite her Luft zu machen? — die Verbündeten mit merkwürdiger Uebereinstimmung zurücklagten: Sie könnten das nicht, können mit den Preußen nicht fertig werden. — Da die „Verbündeten“, trotzdem sie an Zahl den ihnen gegenüberstehenden Preußen weit überlegen waren, sich selbst und uns verließen, so können sie sich auch nicht darüber beklagen, von uns verlassen worden zu sein.

Nach der „Sächsischen Dorfzeitung“ beabsichtigen die Preußen nebst Dresden auch noch die Stadt Riesa zu besetzen, wodurch nur noch mehr die Absicht Preußens erhellt werden würde, Sachen zu einer Wallmauer gegen Oesterreich zu machen.

Nachtrag der Verluste der Nordarmee. Haupt-mann Franz Lehner, des 30. Feldjägerbataillons (im Verzeichnisse Nr. 17 als schwer verwundet ge-meldet), ist laut Anzeige des Dechanten zu Hneves in der Nacht vom 5. auf den 6. Juli d. J. seinen erhaltenen schweren Blessuren dorthin erlegen.

Lieutenant Robert Abele, des Infanterieregi-ments Nr. 71, ist laut Anzeige in Folge seiner am 15. Juli d. J. erhaltenen Verwundung am 27. Au-gust in Tobitschau gestorben.

Oberleutnant Ludwig Baktl, des 26. Feldjäger-bataillons, im Verzeichnisse Nr. 29 als „töd.“ ge-meldet, ist laut seiner eigenen Nachricht schwer ver-wundet am Leben.

Lieutenant Carl Ritter v. Radziejewski, des Infanterieregiments Nr. 61, im Verzeichnisse Nr. 17 als „töd.“ gemeldet, ist laut Anzeige vom 2. Sep-tember d. J. am Leben und befand sich schwer ver-wundet in preussischer Kriegsgefangenschaft zu Dresden. Nachbenannte verwundete k. k. Officiere befinden sich in ärztlicher Pflege, und zwar:

Hauptmann Vincenz Telenits, des Infanterie-regiments Nr. 60, zu Rufus, und

Oberleutnant Jacob Hoffmann, des Cuirassier-regiments Nr. 10, zu Königshof.

Der bisher bekannt gewordene Verlust der Nord-armee beläuft sich daher auf 4794 Tödt., 12,657 Verwundete und 20,201 Vermisste.

Das vielbesprochene Circular des Herrn von Lavalette kommt nur langsam zu Stande. Der von Lavalette dem Kaiser vorgelegte Entwurf ist von diesem nicht genehmigt worden. Setzt aber wird Herr Rouher seine Geschicklichkeit versuchen, und da dieser Minister nicht minder ein warmer Anhänger der Frie-denspolitik ist, als Herr v. Lavalette, so wird das Cir-cular auch in der neuen Bearbeitung keine Aenderung erleiden.

Nach einer officiösen Erklärung in der Corre-spondenz „Havas“ ist die Nachricht von einem Schreiben, das der Kaiser in neuerer Zeit über die deutschen Angelegenheiten an Marquis Lavalette gerichtet hätte, völlig unbegründet.

Pariser Correspondenzen der „A. A. Z.“ erzählen, daß Benedetti dem Kaiser ein Exposé geschickt, worin er nachweist, daß Bismard Frankreich einfach betrogen habe, da er ihm vor dem Kriege Gebiets-Abtretungen an Frankreich versprochen und jetzt sein Wort nicht halten wolle. Der Umschwung in Bene-detti's Gesinnung, welcher sich aus einem Verwund-er in einen wüthenden Gegner Bismard's verwandelt, sei die Ursache seiner Abberufung von Berlin.

Der „Times“ - Correspondent berichtet unterm 7. d., Frankreich habe in Folge der Besetzung von Mainz durch die Preußen die Frage wegen Luxem-burgs wieder aufs Tapet gebracht.

In Italien erregt der Ernennung des Mar-quis Moastier zum Minister der auswärtigen Ange-legenheiten keine große Freude, man weiß, daß er für Italien nicht freundlicher gesinnt ist, als sein Vorgänger, und glaubt daher nicht, daß die Lösung der römischen Frage mit seiner Berufung etwas zu schaffen habe. Die Mißstimmung gegen Frankreich wird in Italien immer größer, und man wäre da gar nicht abgeneigt, wenn die Gelegenheit sich dazu böte und es ungestraft geschehen könnte, sich dem

Wohltäter, dem eigentlichen Schöpfer des Königrei-ches Italien gegenüber unanbar zu bezeigen.

Die „Nat. Ztg.“ läßt sich aus Paris schreiben, daß außer dem Conflict wegen der Quarantaine für alle nicht großbritannischen Schiffe noch eine andere wichtige Angelegenheit den neuen Chef des Auswärtigen Amtes in Constantinopel zurückhalte. Es handle sich um ein von Marquis de Montier vorgelegtes Project, die meist von Christen bewohnten Provinzen der Türkei, Epirus, Thessalien, Candia u. s. w. zu einem Fürstenthum zu vereinigen, an dessen Spitze ein christlicher Prinz unter der Sogranität der Pforte nach dem Vorbilde des rumänischen Ho-podors stehen würde. Auch England scheint diesem Plane sehr geneigt, und dem Austausch desselben sei es zuzuschreiben, daß die türkische Regierung ihrem Commissär Mustapha Pascha so wohlwollende Instruktionen in Bezug auf die Behandlung der can-diotischen Insurgenten erteilt habe.

Mittheilungen, welche der „Indep.“ aus Belgrad zugehen, für welche sie jedoch keine Verantwortlichkeit übernehmen will, sprechen von Tendenzen zur Bil-dung einer neuen „officiellen“ Conföderation, welche durch die Katastrophe von Königgrätz und den Prager Frieden hervorgerufen worden seien. Klappa's unter preussischen Auspicien unternommene und total mißlungene Expedition nach Ungarn, sowie die Anwesenheit Tür's in Belgrad sollen diese Pro-jecte gefördert haben. Der Fürst von Serbien strebe eine Verständigung mit seinen Nachbarn, den Fürsten von Rumänien und Montenegro an, und organisiere eine Armee von bedeutender Truppenzahl. Die Tür-kei scheine die Gefahr zu ahnen, von welcher sie be-droht werde, denn sie concentriert Truppencorps an der Dnina und bei Kopibazar, um Serbien von den Fürstenthümern und von Montenegro zu isoliren.

Der „Monde“, dessen intime Beziehungen zu Rom bekannt sind, spricht im Hinblick auf gewisse Eventualitäten von einer Verlegung der Residenz des hl. Vaters nach der Insel Malta wie von einer sehr großen Wahrscheinlichkeit.

Krakau, 15. September.

In der Sitzung des Krakauer Gemeinderathes vom 13. d. wurde, wie bereits gemeldet, der Landtagab-geordnete und Mitglied des früheren Reichsrathes Dr. Josef Dietl, früher Rector und Professor an der Jagiellonischen Universität, mit 51 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt erwählt. Nach der mit Beifall aufgenommenen Abstim-mung (von den 60 Mitgliedern hatten drei ihre Abwesen-heit mit triftigen Gründen entschuldigen lassen, der vierte sich veripäet, nur fünf anders gestimmt) dankte der neu-gewählte Präsident in längerer Ansprache für das ihm er-wiesene Zutrauen, nahm die für ihn ehrenvolle Wahl im Bewußtsein seiner Bürgerpflicht an, wies unter dankbarer Anerkennung der von dem bisherigen ehrenwerthen Prä-sidenten bestrittenen erprießlichen und eifrigen Wirksamkeit auf die noch der Erledigung harrenden schwierigen Ge-schäfte hin, und drückte die Hoffnung aus, daß mit Gottes Hilfe glücklich das Ziel erreicht, der Aufgabe würdig ent-sprochen werden würde, zumal auch auf die Geneigtheit der gegenwärtigen Regierung zu zählen gestattet sei. Mit 30 Stimmen gegen 24 wurde darauf nach dem betref-fenden Antrag Herrn Chrzanowski's die Wahl des Vice-Bürgermeisters bis zu der gleichfalls bei geschlossenen Thüren abzuhaltenden Sitzung vom Montag 17. d. (Nachm. 5 Uhr) vertagt. Nachdem schließlich der Präsidial-Antrag betreffend die ebenso statutenmäßig in geheimer Sitzung vorzunehmende Ernennung eines der Beamten vorerst der 1. Section zu überweisen beschlossen worden, kam in öffentlicher Sitzung der schon erwähnte Dringlichkeitsantrag des Referenten der 1. Section Dr. Koczyski auf die Tagesordnung, wonach die Amtsstunden auf die Zeit von 8 Uhr Früh bis 2 Uhr Nachmittags festzusetzen waren und diese im Falle einer ausfallenden Mittagsstunde bis 3 Uhr zu dauern hätten. Herr Chrzanowski will in der dar-auf erfolgenden Discussion zu Gunsten der Vormittags be-hinderten Privatpartei die Verlängerung der Amtsstunden bis 4 Uhr mit einstündiger freier Mittagszeit. Ein Amen-dement des Grafen Heinrich Wodzicki schlägt die unun-terbrochene Dauer der Ranzleisunden von 9 bis 3 Uhr vor, unterstützt von Dr. Dietl, der auf die Störung der Arbeit durch die Mittagsstunden hinweist und für die der Anwesenheit der Beamten bis Abends bedürftenden Bureau die Lieferung von Licht zu beschließen beantragt. Bei der Abstimmung wurde fast einhellig der Antrag Wodzicki mit dem Zusatz-Antrag Dietl und dem Antrag Zybkiewicz (Präsident kann Betreffs der Bureau's und besonderer Fälle, bei nachträglicher Berichterstattung im Rath, Ausnahmen anordnen) angenommen und beschlossen, dem Präsidenten das Recht der Lichtanweisung zu lassen. (Das Budget bestimmt für Licht zu den Magistrats-Bureau 500 fl. östr. W., ungerechnet das Licht für die Militärwache, städ-tischen Arreste etc.) Auf eine vorherige Interpellation Hrn. Zybkiewicz's Betreffs des Reglements-Entwurfs kün-digte der Referent der Commission ad hoc Dr. Zybkiewicz die Einbringung desselben für die nächste Sit-zung an.

Die 3. Section des hiesigen Gemeinderathes erwählte, nachdem sie sich am 25. v. constituirte, zum Vorsitzenden Domherrn Hochw. Leop. Górnicki; aus Anlaß der Abwesenheit einiger in's Bad verreister Mit-glieder konnten die Sectionsarbeiten nicht sofort vertheilt werden. In der Sitzung vom 31. v. wurde eine Ein-gabe an den Landtag zu Gunsten des Landesausschusses um Aufhebung des für die Gemeinden und namentlich für Krakau belastenden Rescripts der k. k. Statthalterei in Lemberg vom 30. März 1865, 3. 12,486, nach wel-chem die Kosten der Anschaffung von Kleidern für die nach der Heimath abgegangenen Vagabunden nicht mehr vergütet werden sollen, beschloß; ferner die Bildung ei-nes Verwundetenverpflegungs-Comité für eine von allen Mitgliedern besuchte Sitzung vertagt. In der Sitzung







Kundmachung.

Erkenntnis.

Das k. f. Landesgericht Wien in Strafsachen erkennt kraft d. r. ihm von Sr. k. f. Apost. Majestät verliehenen Amtsgewalt über Ansuchen des Herrn Rudolf v. Baldeheim, Herausgebers, und des Herrn Franz Majaschek, Redacteur der Zeitschrift „Sturmglöck“, um Einleitung des objectiven Verfahrens und über Antrag der k. f. Staatsanwaltschaft, unter gleichzeitiger Einstellung des Untersuchungsverfahrens, daß der Inhalt des Auftrages: „Was logale Thesen sind“, und des Auftrages: „Ein wohlgeleiteter Brief“ in Nr. 6 der Zeitschrift „Sturmglöck“ vom 26. Juli 1866, das Verbrechen der Majestätsbeleidigung nach § 63 St. G. B. begründet und verbindet damit auf Grund des § 16 des Strafverfahrens in Preßsachen und den § 36 P. G. das Verbot der weiteren Verbreitung. Gleichzeitig wird auf Grund des § 37 P. G. verordnet, die mit Beschlagnahme belegten Exemplare zu vernichten. Wien, am 29. August 1866.

Der k. f. Vice-Präsident:

Schwarz m. p.

Der k. f. Rathsecretär:

Thallinger m. p.

Kundmachung. (945. 1)

In Folge Erlasses des hohen k. f. Staatsministeriums vom 5. August d. J. 3. 6474/C. U. gelten über die Aufnahmepflichten ordentlichen Höher am k. f. polytechnischen Institute in Wien nachfolgende Bestimmungen:

Zum Behufe der Aufnahme als ordentliche Zuhörer am k. f. polytechnischen Institute haben, so lange Maturitätsprüfungen an den Realhöher nicht allgemein eingeführt sind, sich einer Aufnahmepflicht zu unterziehen:

1. Jene, welche die Oberrealschule absolviert haben und sich mit einem Zeugnis über die bestandene Maturitätsprüfung nicht ausweisen können;
2. Solche, welche ihre Vorbildung an einer Mittelschule nicht erworben haben und das Alter von mindestens 17 Jahren nachweisen.

Gegenstände der Aufnahmepflicht sind (Statut § 10):

- a) Arithmetik, Algebra, Geometrie, ebene und sphärische Trigonometrie, analytische Geometrie in der Ebene;
- b) Geographie und Geschichte;
- c) Physik;
- d) Naturgeschichte;
- e) geometrisches und Freihandzeichnen;
- f) Fertigkeit im deutschen Style, zu erweisen an einem Aufsatz über ein gegebenes Thema.

Die Gegenstände a bis e in dem für Oberrealschulen vorgeschriebenen Umfang. Ein ausführlicheres Programm der Prüfungsgegenstände ist angeschlossen. (Absolvierte Gymnasialschüler haben zum Behufe der Aufnahme das Maturitätszeugnis beizubringen und außerdem eine hinreichende Fertigkeit in geometrischen und Freihandzeichnen nachzuweisen, erforderlichen Falles einer Prüfung nach Absatz e des beiliegenden Programmes sich zu unterziehen.) Für die Prüfung ist eine Taxe von fünf Gulden öfter. Währung zu entrichten.

Die Prüfung wird aus jedem Gegenstande nach dem Ermessen der Prüfenden schriftlich oder mündlich, oder auf beide Weisen vorgenommen.

Die schriftliche Prüfung besteht in einer Clausur-Arbeit, wobei die Benutzung von Schriften oder Büchern, mit Ausnahme von Tafeln, nicht gestattet ist. Dagegen sind Handzettel von der Fortsetzung des Prüfungsactes ausgeschlossen.

Zeugnisse über die abgelegte Aufnahmepflicht werden nicht ausgestellt.

Eine mündliche Aufnahmepflicht kann erst im nächsten Jahre wiederholt werden.

Was mit dem Bemerkten zur allgemeinen Kenntniss gebracht wird, daß diese Bestimmungen schon mit dem Beginn des nächsten Studienjahres 1866/7 (1. October d. J.) in Kraft treten.

Von der k. f. Statthalterei-Commission.

Krakau, am 28. August 1866.

Ogłoszenie.

Według uchwały wysokiego c. k. Ministerstwa stanu dnia 3 sierpnia b. r. do l. 6474/C. U. wydanej obowiązująco mają przy egzaminach wstępnych do uzyskania przyjęcia na słuchacza zwyczajnego do c. k. instytutu politechnicznego w Wiedniu następujące postanowienia:

Az do zaprowadzenia egzaminów dojrzałości w wszystkich szkołach realnych każdy starający się o przyjęcie na słuchacza zwyczajnego do c. k. instytutu politechnicznego w Wiedniu ma się poddać egzaminowi wstępnemu.

Do egzaminu tego przypuszczeni być mogą:

1. kandydaci, którzy ukończyli wyższą szkołę realną, jednak wykazać się nie mogą świadectwem z odbytego egzaminu dojrzałości;
2. kandydaci, którzy nie kształcili się w szkołach średnich publicznych, lecz wykazać się mogą, że licza najmniej lat 17.

Przedmiotami egzaminu wstępnego (według § 10 statutu) być mają:

- a) arytmetyka, algebra, geometria, trygonometria płaska i kulista, geometria analityczna na płaszczyźnie;
- b) geografia i historia;
- c) fizyka;
- d) historia naturalna;
- e) rysunki linearne i odręczne;
- f) biegłość w stylu niemieckim, którą okazać trzeba wypracowaniem pisemnym na dany temat.

Przedmioty pod a) aż do e) brane będą w rozległości dla wyższych szkół realnych przepisanej. (Uczniowie, którzy ukończyli wyższe gimnazjum, mają się wykazać dla uzyskania przyjęcia świadectwem

dojrzałości i dowiescie biegłości w rysunkach linearnych i odręcznych według postanowienia pod e).

Za egzamin płaci się taksa 5 złr. w. a

Według uznania egzaminujących profesorów odbywać się ma egzamin z każdego przedmiotu pisemnie lub ustnie, albo też na obydwu sposoby. Pisemny egzamin składa się z wypracowania pod klauzurą, przy którym nie wolno używać do pomocy pism lub książek, wyjąwszy tablice logarytmicznych przy wypracowaniu matematycznym. Działający wbrew temu postanowieniu wykluczeni będą od dalszego egzaminu.

Z odbytego egzaminu wstępnego nie wydaje się świadectwa.

Egzamin wstępny jeżeliby się nie udał, dopiero w następnym roku powtórzyć można.

Postanowienia powyższe podaje się do publicznej wiadomości z tym dodatkiem, że takowe z początkiem roku szkolnego 1866/7 (t. j. od 1 października b. r.) obowiązująco mają.

Z. c. k. Komisji namiestniczej.

Kraków, dnia 28 sierpnia 1866.

Licitations-Ankündigung. (936. 3)

Von Seite der hiesigen k. f. Genie-Direction wird hiemit bekannt gemacht, daß wegen Sicherstellung der in den militär-ärztlichen Gebäuden zu Krakau, Podgórze und Kobzów, und auf den fortificatorischen Bau-Objecten in den Jahren 1867, 1868, 1869 und resp. in d. r. Periode vom 1. Jänner 1867 bis Ende Dezember 1869 vorkommenden:

- a) Maurer-, Schiefer- und Ziegeldacker-Arbeiten,
- b) Brunnen- und Pumpen-Arbeiten,
- c) Instandhaltung der Maschinen-Brunnen in Kobzów, dann
- d) Lieferung der Pflastischen Gussböden und Kochherdbestandtheile, wie auch Kassen-Apparaten,

am 22. October 1866 um 10 Uhr

Vormittags

in der Bau-Verwaltungs-Kanzlei in der Domherrn-Gasse Nr. 116 eine Offerte-Verhandlung gegen Einbringung schriftlicher verfertiger Offerte stattfinden wird, allwo auch die hierauf bezüglichen Bedingungen zu den gewöhnlichen Auktionsstunden eingesehen werden können.

1. Die betreffenden Offerten haben ihrem mit einer 50 kr. Stempelmarke versehenen Offerte nachstehende Bedingungen beizufügen:

- a) Für Maurer-, Schiefer- und Ziegeldacker-Arbeiten 200 fl.
- b) Für Brunnen- und Pumpen-Arbeiten in Krakau und Podgórze, jedoch ausschließlich der gleichzeitig zu contrahierenden Instandhaltung der Maschinen-Brunnen in Kobzów, dann der bereits contrahierten am Castell und in den Thürmen Benedikt und Krzemionki 100 fl.
- c) Für Instandhaltung der Maschinen-Brunnen in Kobzów 15 fl.
- d) Für Lieferung von Pflastischen Gussböden und Kochherdbestandtheilen, dann Kassen-Apparaten 150 fl.

Die erlegten Rabien werden den Meistbietenden gleich nach der Verhandlung zurückgestellt, während die Ertheiler solche gleich nach Genehmigung ihres Angebotes auf den doppelten Betrag zu erhöhen haben.

2. Zu dieser Offerte-Verhandlung werden nur solche Unternehmer und Werkmeister zugelassen, welche dem Militär-Arzt der vorgeschriebene Sicherheit leisten und sich mit einem im Laufe dieses Jahres ausgestelltten Certificate der Handels- und Gewerbekammer über ihre Verlässlichkeit und Befähigung zur Uebernahme der ausgeschriebenen Arbeiten ausweisen können.

3. Die Preis-Angebote sind in nachstehender Art zu stellen, und zwar:

- a) Bei den Maurer-, Schiefer- und Ziegeldacker-, dann Brunnen- und Pumpenarbeiten, so wie auch bei Lieferung von Pflastischen Gussböden und Kochherdbestandtheilen in Prozenten-Nachlässen oder Zuschüssen auf die bestehenden Tarispreise.
- b) Bei Instandhaltung der Maschinen-Brunnen in Kobzów mit einem jährlichen Pauschal-Betrage.

Diese Angebote müssen genau und deutlich und sowohl mit Ziffern als mit Buchstaben angelegt sein.

4. Jedes Offert muß mit dem Vor- und Zunamen des Offerten, oder bei mehreren Mitofferten auch mit der Hinweisung auf die Soliditäts-Verpflichtung unterfertigt sein, und den Wohnort des Offerten genau bezeichnet enthalten.

5. Der Offert muß sich in seinem Offerte ausdrücklich erklären, daß er sich den ihm bekannten allgemeinen und speziellen Bedingungen und Preistarifen auch dann unterwerfe, wenn sein Anbot nur auf eine kürzere, als die im Eingange dieser Kundmachung ausgesprochene Dauer genehmigt werden sollte.

6. Auf Offerte, welche den hier angeführten Bedingungen nicht vollkommen entsprechen, wird ebenso wie auch auf nachträgliche, erst nach Beginn der Verhandlung überreichte Offerte - diese mögen wie immer beschaffen sein - keine Rücksicht genommen.

R. f. Genie-Direction

Krakau, am 7. September 1866.

L. 17986. Ogłoszenie. (946. 1-3)

W miesiącu kwietniu 1866 r. znaleziona została w Krakowie kwota pieniężna złr. 200 w. a, w banknotach austriackich.

Prawny właściciel zechce w przeciągu roku do Magistratu tutejszego zgłosić się, gdzie mu takowa po złożeniu dowodów własności i po odrzuceniu wy-

datków tudzież wynagrodzenia dla znalazcy § 391 kod. cyw. zastrzeżonego wydaną zostanie.

Magistat kr. g. l. miasta

Kraków, dnia 6 września 1866.

3.1229. Vicitations-Kundmachung. (922. 2-3)

Wegen Sicherstellung der Lieferung der ärztlichen und Apotheker-Bedürfnisse, Spitals-Requisiten, Wäsche-Reinigung, Verzinnung der Kochgeschirre und sonstigen Professionisten-Arbeiten für das k. f. Garnisons-Spital zu Krakau, dann der Kostbereitung so wie die Wäsche-Reinigung, dann die Lieferung des Brennöl's für die k. f. Artillerie-Schulcompagnie zu Kobzów für das Jahr 1867 resp. vom 1. Jänner bis 31. Dezember 1867 wird im hierortigen Spitals-Gebäude am Castell zufolge hoher k. f. Landes-General-Commando-Berordnung Abtheilung 5 Nr. 1529 vom 24. August 1866

am 26. September 1866 um 9 Uhr

Vormittags

eine öffentliche Verhandlung sowohl im mündlichen als im Offertwege abgehalten werden, allwo die Vicitationsbedingungen in den gewöhnlichen Auktionsstunden eingesehen werden können. Zur Vicitation wird Niemand zugelassen, der sich nicht früher mit einem nicht über ein Jahr alten obrigkeitlichen Zeugnisse über seine Solidität und die diesfällige Geschäftsfähigkeit ausweist, welches Zeugnis amtlich gefertigt vor Beginn der Vicitation der Spitals-Commission zu übergeben ist; ferner hat jeder Offert ein Badium von

- 20 fl. für die Lieferung der ärztlichen und Apotheker-Bedürfnisse,
- 20 fl. für die Lieferung der Bluteigel und Medicamenten-Erfordernisse,
- 5 fl. für Bürstenbinder-Arbeiten,
- 5 fl. für Eisen- und Blech-Waaren,
- 5 fl. für Holz-Waaren,
- 10 fl. für Glas-Waaren,
- 10 fl. für Töpfer-Waaren,
- 60 fl. für Reinigung der Wäsche,
- 5 fl. für Reparaturen der Kupfer-, Eisen-, Blech- und Holz-Geschirre,
- 3 fl. für das Haarschneiden und Rasiren der Kranken,
- 5 fl. für Verzinnung der kupfernen und eisernen Kochgeschirre;

für die k. f. Artillerie-Schulcompagnie zu Kobzów:

- 1000 fl. für die Kostbereitung,
- 30 fl. für die Reinigung der Wäsche (wobei dem Ertheiler die Benützung der im Nebengebäude des Instituts befindlichen Wohnung, bestehend aus 2 Zimmern, 1 Kammer und Küche, nebst angeschlossener Waschküche und 2 in den Herd eingeschlossener Waschkessel, so wie auch des Trocken-Locals mit 2 Mangeln zugewiesen werden wird),
- 30 fl. für die Lieferung des Brennöl's zu hinterlegen, welches denjenigen, welche nichts erstehen, gleich nach beendeter Vicitation zurückgestellt werden wird, von dem Ertheiler aber zugleich bei Unterfertigung des Vicitations-Protocolls auf die bemessene Caution ergänzt und depositirt werden muß. Die Caution kann entweder im bar n Gelde, oder in Staatspapieren nach dem börsenmäßigen Course, in einer Real-Caution oder in einer Bürgschaft geleistet werden.

Nach beendeter mündlicher Vicitation, und nachdem die anwesenden Vicitanten sich erklärt haben, keine weiteren Angebote mehr zu machen, werden die vorschriftsmäßig ausgestellten, mit dem Badium und mit dem Soliditäts-Zeugnisse versehenen, nach vor dem förmlichen Beginn der mündlichen Vicitation einzuliegenden gesiegelten Offerte von der Spitals-Commission geöffnet, und auf Grund der hierin gestellten Angebote weiter verhandelt, wobei bemerkt wird, daß nur vorschriftsmäßig ausgestellte Offerte berücksichtigt und nach geschlossener mündlicher Vicitation keine schriftlichen Offerte mehr angenommen werden, weshalb der § der Vicitations-Bedingungen und das demselben beigefügte Formular als Anhaltspunkt zu dienen hat.

Die gleichzeitige Betheiligung eines Concurrentenlustigen im mündlichen und schriftlichen Wege ist untersagt.

Krakau, den 10. September 1866.

Vom k. f. Garnisons-Spitals-Commando.

\*) Bei der 1. Einschaltung am 11. d. irrthümlich 25.

Anzeigebblatt.

Es sind zwei Reit- und zwei Wagenpferde edler Race, dann drei elegante Stadtwagen aus der besten Fabrik Deutschlands zu verkaufen, Stradom im Festungs-Commando-Gebäude.

Dwa konie wierzehowe i dwa powozowe szlachetnej rasy, tudzież trzy eleganckie powozy z najlepszej fabryki niemieckiej, są do sprzedania na Stradomiu, w domu c. k. komendy Twierdzy. (940. 2)

Warnung.

Es wird hiemit zu Jedermann Kenntniss gebracht, daß auf den Gemeinde-Gründen der Gerschafken Bieneszyce, Czyzyn, Mogila, Leg, Lubocza, Branica, Chalupki, Stryców, Holendry, Wyciąże und Przylasek Wyciązki das Sagen nicht gestattet ist. Im Betretungsfall wird der Zuwiderhandelnde nach dem bestehenden Saggelge zur Rechtfertigung gezeget. Krakau, den 1. September 1866. (890. 3)

Meteorologische Beobachtungen.

Tag	Barom.-Höhe auf 0° Reaum. red.	nach Reaum. Temperatur	Relative Feuchtigk. der Luft	Richtung und Stärke des Windes	Zustand der Atmosphäre	Erscheinungen in der Luft	Veränderung der Wärme im Laufe des Tages von bis	Letzter Cours
14	29.82	+15.2	65	Öst-Nord-Öst schwach	heiter mit Wolken		+ 6°	108.75
15	29.57	9.4	92	Nord-Öst schwach	" " "		+ 6°	109.25
16	29.55	7.8	92	Öst-Nord-Öst still	" " "	Nebel	+ 6°	109.25

Filiale

der f. f. priv. österr. Pfandleih-Gesellschaft in Krakau.

Kundmachung. (944. 2-3)

Die Besitzer der Pfandscheine von der Abtheilung für Prätiosen mit den Nummern: 172, 218, 235, 306, 505, 506, 559, 615, 625, 649, 722, 846, 904, 1029, 1036, 1132, 1191, 1197, 1221, 1252, 1279, 1281, 1298, 1347, 1408, 1426, 1494, 1498, 1521, 1594, 1704, 1714, 1823, 1949, 1964, 2001, 2007, 2187, 2206, 2233, 2252, 2333, 2367, 2377, 2449, 2548, 2605, 2638, 2674, 2941, 2944, 3001, 3009, 3040, 3223, 3272, 3316, 3384, 3431, 3474, 3484, 3503, 3658, 3711, 3807, 3904, 3963, 4109, 4128, 4220, 4237, 4267, 4413, 4588, 4799, 4861, 4976, 5474, 5821, 6007, 6067, 6099, 6182, 6252 und 6965, von der Abtheilung für Waaren mit der Nummer 111,

von der Abtheilung für Werthpapiere mit den Nummern: 64, 158, 545, 566, 785, 976, 702, 841, 856, 896, 898, 956, 982, 1021, 1061, 1064, 1070, 1082 und 1166, werden im Sinne des § 24 der Statuten aufgefördert, die Ueberschüsse von den versteigerten Pfändern binnen drei Jahren vom heutigen Tage angefangen abzuholen.

Nach Ablauf dieser Frist werden die nicht abgeholfenen Ueberschüsse zum Fonde der Gesellschaft einbezogen.

Krakau, 13. September 1866.

Der Vorstand:

Koritschoner mp.

Wiener Börse - Bericht

vom 13. September.

Öffentliche Schuld.

Öst. Staatsanl.	Gold	Währ.
30 Centr. R. zu 5% für 100 fl.	56.10	56.25
Aus dem Nationalanl. zu 5% für 100 fl.	69.10	69.30
mit Zinsen vom Jänner - Juli	69.10	69.20
von April - October	61.25	61.50
Metalliques zu 5% für 100 fl.	53.10	53.50
mit 4 1/2% für 100 fl.	153.10	154.10
mit Verlosung v. J. 1839 für 100 fl.	76.50	77.10
1854 für 100 fl.	87.50	88.10
1860 für 100 fl.	73.10	73.30
1864 für 100 fl.	73.10	73.30
Com. - Renten - Anl. zu 4 1/2% L. austr.	17.50	18.50

B. Der Kronländer.

Grundentlastungs-Obligationen	Gold	Währ.
von Nieder-Öst. zu 5% für 100 fl.	78.10	79.10
von Mähren zu 5% für 100 fl.	75.10	77.10
von Schläfen zu 5% für 100 fl.	87.10	88.10
von Steiermark zu 5% für 100 fl.	77.10	80.10
von Tirol zu 5% für 100 fl.	95.10	98.10
von Kärnt. Krain u. Küst. zu 5% für 100 fl.	80.10	86.10
von Ungarn zu 5% für 100 fl.	67.75	68.10
von Temeser Banat zu 5% für 100 fl.	66.75	67.50
von Croatien und Slavonien zu 5% für 100 fl.	69.10	70.10
von Galizien zu 5% für 100 fl.	66.75	67.75
von Siebenbürgen zu 5% für 100 fl.	65.10	65.50
von Bukowina zu 5% für 100 fl.	64.75	65.50

Actien (pr. St.)

Actien	Gold	Währ.
der Nationalbank	736.10	738.10
der Credit-Anstalt zu 200 fl. öst. W.	159.60	169.80
der Niederöst. Compt.-Gesell. zu 500 fl. ö. W.	590.10	592.10
der Kais. Ferd. Nordbahn zu 1000 fl. ö. W.	1668.10	1672.10
der Staats-Eisenbahn-Gesellschaft zu 200 fl. ö. W.	159.60	169.80
der vereinigten österr. lomb.-ven. und Centr.-Ital. Eisenbahn zu 200 fl. öst. W. oder 500 Kr.	211.10	212.10
der Kais. Elisabeth-Bahn zu 200 fl. ö. W.	127.10	128.10
der kais. Karl Ludwig-Bahn zu 200 fl. ö. W.	206.50	207.10
der k. k. österr. Nordbahn-Gesell. zu 200 fl. ö. W. in Silber (20 Pf. St.) mit 80% Gg.	179.50	180.50
der k. k. böhmischen Westbahn zu 200 fl. ö. W.	156.10	157.10
der k. k. böhm. Verb.-B. zu 200 fl. ö. W.	114.10	115.10
der k. k. böhm. Verb.-B. zu 200 fl. ö. W. (70% Gg.)	147.10	147.10
der österr. Donau-Dampfschiffahrt-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	470.10	472.10
des österr. Lloyd in Triest zu 500 fl. ö. W.	198.10	202.10
der Wiener Dampfmühl-Actien-Gesellschaft zu 500 fl. ö. W.	395.10	400.10
der Oest.-Böhm. Kettenbrücke zu 500 fl. ö. W.	330.10	340.10
der Nationalbank, 10jährig zu 5% für 100 fl.	105.10	106.10
auf 6. W. L. verlosbar zu 5% für 100 fl.	95.80	96.20
auf österr. W. verlosbar zu 5% für 100 fl.	91.25	91.50
Galiz. Credit-Anstalt öst. W. zu 4% für 100 fl.	69.10	70.10

Wette

Wette	Gold	Währ.
der Credit-Anstalt zu 100 fl. öst. W.	126.50	127.10
Donau-Dampfschiffahrt zu 400 fl. ö. W.	82.10	83.10
Triester Stadt-Anleihe zu 100 fl. ö. W.	110.10	112.10
zu 50 fl. ö. W.	49.10	50.10
Stadtemeinde Oden zu 40 fl. öst. W.	23.50	24.50
Gährhaz zu 40 fl. ö. W.	26.50	27.50
Salm zu 40 fl. ö. W.	24.10	25.10
Palfy zu 40 fl. ö. W.	24.10	25.10
Glarz zu 40 fl. ö. W.	22.10	23.10
St. Genois zu 40 fl. ö. W.	16.50	17.50
Windischgrätz zu 20 fl. ö. W.	19.50	20.50
Waldheim zu 20 fl. ö. W.	12.10	13.10
Realcredit zu 10 fl. ö. W.	12.10	13.10
R. f. Hofinvald zu 10 fl. österr. Währ.	12.10	12.50

Wechsel. 3 Monate.

Wette	Gold	Währ.
Frankfurt a. M. für 100 fl. österr. Währ. 5%	108.75	109.10
Hamburg, für 100 fl. ö. W. 3%	96.25	96.50
London, für 10 fl. Sterl. 5%	128.75	129.50
Paris, für 100 Francs 3%	51.25	51.35

Cours der Geldsorten.

Durchschnitts-Cours	Letzter Cours
fl. fr. fl. fr.	fl. fr. fl. fr.
Kaiserliche Münz-Dukaten	6.15 6.16
vollw. Dukaten	6.15 6.16
Krone	10.35 10.36
20 Francs-Stück	10.35 10.36
Russische Imperiale	10.55 10.60
Preussische Thaler	1.92 1